

Alle Kids sind VIPs – Integration braucht faire Bildungschancen

Carl Bertelsmann-Preis 2008
Konzeptpapier

1. Konzeptionelle Grundlegung des CBP 2008

Mit dem Integrationsbegriff werden unterschiedliche Konnotationen und Zielsetzungen verbunden, die von einer „Assimilation“ der Zuwanderer bis hin zu einer antidiskriminierenden Wertschätzung von Vielfalt als Basis für Erfolg in einer globalisierten Welt reichen.

Als Ausgangspunkt für unsere Überlegungen stellen wir einen mehrdimensionalen Anspruch an Integration, der das Ziel der aktiven Partizipation und Teilhabe betont: Menschen sind in einer Gesellschaft integriert, wenn sie am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilnehmen und an den Chancen und dem Wohlstand der Gesellschaft teilhaben. Integration ist zwangsläufig ein mehrdimensionales Phänomen: Neben den wichtigen strukturellen Dimensionen, welche sich auf die Eingliederung in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik beziehen, gibt es auch eine kulturelle Dimension, die normative und emotionale Aspekte beinhaltet. Gegenseitiger Respekt und Fairness, die Anerkennung von gemeinsamen, für das Zusammenleben unverzichtbaren Grundwerten und das Gefühl der Zugehörigkeit bzw. Zusammengehörigkeit der Menschen, die in einem Land miteinander leben, sind Fundament einer belastbaren Integration.

Die Weichen für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft werden in den Familien, aber auch in den Kindergärten und Schulen unseres Landes gestellt. Wer einen guten Bildungsabschluss erreicht, hat Aussicht auf ein gutes Einkommen und die damit verbundenen Möglichkeiten, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu spielen. Erfolgreiche Bildungs- und Ausbildungsprozesse haben eine entscheidende Wirkung auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stärke in Deutschland.

Eine zentrale Voraussetzung für gelingende Integration ist also eine gute Bildung, wobei wir hier einen ganzheitlichen Bildungsbegriff zugrunde legen, der weit mehr als kognitive Leistungsanforderungen im PISA-Raster umfasst. Angesichts eines ganzheitlichen Bildungsbegriffs, der Herz, Hand und Hirn umfasst, ist auch klar, dass eine Bewertung von einzelnen Institutionen (Familie, Kindergarten, Schule, Berufliche Bildung) mit Blick auf Integration nicht ausreicht, sondern die Persönlichkeitsentwicklung von Geburt an im Fokus stehen muss.

2. Ausgangslage:

Bildungsungerechtigkeit in Deutschland

Die internationalen Vergleichsstudien der letzten Jahre (vor allem die PISA-Studien der OECD) haben gezeigt, dass in Deutschland wie in kaum einem anderen Land der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abhängt. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien und aus Zuwandererfamilien sind gegenüber einheimischen Kindern und Jugendlichen - bei gleicher Intelligenz und Kompetenz - benachteiligt.

Die Chance von Kindern aus einkommensstarken Familien, auf das Gymnasium zu gehen, ist wesentlich höher als die Chance von Kindern aus einkommensschwachen Familien. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund konzentrieren sich vor allem in Hauptschulen. Ihr Anteil unter den Studenten ist unterproportional, ihr Anteil unter den Schulabbrechern überproportional und sie haben größere Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Zu den benachteiligten Gruppen im Bildungssystem gehören auch behinderte Kinder. Ihre Chancen, auf eine allgemeine Schule gehen zu können, sind gering.

Kein Bildungssystem der Welt kann vollständige Bildungsgerechtigkeit herstellen. Der soziale, wirtschaftliche und kulturelle Familienhintergrund spielt immer eine Rolle für den Bildungserfolg. Gleichwohl zeigen die internationalen Vergleichsstudien, dass es bestimmten Ländern gelingt, diesen Einfluss im Bildungssystem zu kompensieren.

In den wissenschaftlichen Analysen werden verschiedene Gründe für die mangelnde Integrationsfähigkeit des deutschen Bildungssystems verantwortlich gemacht. Eine systematische frühe Förderung, insbesondere der Sprache, ist entscheidend für den Erfolg in der Schule. Kinder aus einkommensschwachen Familien und Zuwandererfamilien haben aber niedrigere Beteiligungsquoten am Kindergarten. Ein weiterer Grund ist die frühe Aufteilung der Schüler (schon im Alter von zehn Jahren) in unterschiedliche Schulformen, die international fast einzigartig ist. Auch die kurze gemeinsame Lernzeit der Schüler („Halbtagschule“) ist mitverantwortlich für die Benachteiligung. Diese beiden strukturellen Arrangements sind die zentralen Faktoren, warum die Startnachteile von Kindern aus einkommensschwachen Schichten und mit Sprachproblemen durch das Bildungssystem nicht wettgemacht werden können.

Hinter diesen Strukturen steht eine kulturelle Tradition. Für die frühe Aufteilung der Schüler ist die bisher dominante Überzeugung maßgeblich, Kinder könnten unterschiedlichen Begabungen zugeordnet werden und diese könnten sich am besten in

homogenen Lerngruppen entfalten. Für die kurze gemeinsame Lernzeit ist die in der alten Bundesrepublik herrschende Herangehensweise prägend, den Einfluss des Staates auf die Erziehung nicht zu groß werden zu lassen. Diese Überzeugungen sind tief verwurzelt und geraten unter dem Druck der Modernisierung langsam in Bewegung. Sie erklären, warum das gegliederte Schulsystem (und insbesondere das Gymnasium) in Deutschland trotz der Integrationsprobleme des Gesamtsystems in weiten Kreisen immer noch so populär ist. Dabei sind natürlich vor allem solche Lehrer und Eltern entschiedene Verfechter des bisherigen Systems, die bzw. deren Kinder von der frühen Aufteilung der Schüler auf unterschiedliche Schulformen profitieren.

Letztlich gründen diesen Traditionen und Überzeugungen in einer Philosophie, die auf Einheit und Homogenität setzt und für die Vielfalt problematisch ist. In einer immer stärker globalisierten Welt, in der immer mehr Menschen unterschiedlichster Herkunft miteinander kooperieren und leben müssen, ist eine solche Herangehensweise aber nicht zukunftsfähig.

Die systematische Benachteiligung der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland wird international und national mit Sorge betrachtet. Die Vereinten Nationen veröffentlichten im Frühjahr 2007 den Bericht ihres Sonderberichterstatters Vernor Muñoz zum Recht auf Bildung in Deutschland. Darin wird die mangelnde Integrationsfähigkeit des deutschen Bildungssystems mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten von Kindern aus einkommensschwachen Familien, mit Migrationshintergrund und mit Behinderungen kritisiert.

Aus ethischer Sicht ist die momentane Situation als Bildungsungerechtigkeit zu bewerten. Wenn der Bildungserfolg von der sozialen oder ethnischen Herkunft und nicht von der individuellen Leistung abhängt, dann ist dies ungerecht. Die Kirchen als moralische Instanzen und Seismografen sozialer Schief lagen sprechen eine deutliche Sprache. Für die katholischen Bischöfe ist die Ungleichheit im Bildungssystem „eine der großen Fragen des 21. Jahrhunderts“. Für die evangelische Kirche steht das gesamte Schulsystem auf dem Prüfstand, weil es im Ergebnis nicht nur zu wenig vor Armut schützt, sondern erhebliche „selektive Strukturen“ aufweist. Der Aktionsrat Bildung, dem renommierte Bildungsexperten angehören, fordert in seinem Jahresgutachten 2007, die Herstellung von Bildungsgerechtigkeit müsse zusammen mit der Erhöhung des Leistungsniveaus Priorität auf der bildungspolitischen Agenda einnehmen.

Aus sozialpolitischer Sicht ist die Benachteiligung von Migrantenkindern in Deutschland Sprengsatz für das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland. Bereits heute machen sie über 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen in deutschen Schulen aus. Diese Zahl – ohnehin ein Durchschnittswert, der die Wirklichkeit in vielen

Schulen nicht angemessen repräsentiert - wird in den nächsten Jahren kontinuierlich ansteigen.

Nicht zuletzt ist die mangelnde Integration dieser Kinder auch aus volkswirtschaftlicher Sicht untragbar. Ein rohstoffarmes und vom demografischen Wandel stark betroffenen Land wie Deutschland kann es sich nicht leisten, die Potenziale seiner Kinder und Jugendlichen brachliegen zu lassen und damit Humankapital zu verschwenden.

Der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegebene Nationale Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland“ resümiert: „Es gelingt unserem gegenwärtigen Bildungssystem zurzeit nur unzureichend, Benachteiligungen auf Grund der sozialen Lage und der ethnischen Zugehörigkeit auszugleichen. Im Gegenteil, unser Bildungssystem wirkt selektiv. Ein Umsteuern ist deshalb dringend erforderlich.“

3. Herausforderung:

Entwicklung eines integrativen Bildungssystems

Der Schock über die schlechten Ergebnisse und die offensichtliche Ungerechtigkeit des deutschen Bildungssystems hat einen beachtlichen Reformeifer ausgelöst. Eine Vielzahl von Maßnahmen wurde eingeleitet.

Die Konferenz der Kultusminister hat als Reaktion auf die erste PISA-Studie prioritäre Arbeitsfelder identifiziert, zu denen neben den Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung auch die Sprachförderung im frühkindlichen Bereich insbesondere für Migrantenkinder und die effiziente Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher vor allem aus Migrantenfamilien gehören. In kürzester Zeit wurden die Kindergärten und Schulen in Deutschland von einer Reformwelle (mit unterschiedlichen bundeslandspezifischen Ausprägungen) erfasst. Die wichtigsten Maßnahmen waren die Einführung von Sprachstandserhebungen in Kindergärten, von Lernstandserhebungen, von Bildungsstandards und externen Evaluationen in Schulen, der Ausbau von Ganztagschulen, eine frühere Einschulung und eine Verkürzung der Schulzeit. Einige Bundesländer haben auch – nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels – strukturelle Änderungen am Schulsystem vorgenommen und die Anzahl der Schulformen reduziert. Es kann jedoch zum jetzigen Zeitpunkt über die Erfolge der Maßnahmen noch nicht viel ausgesagt werden, da bildungspolitische Maßnahmen Zeit benötigen, bis deren Wirksamkeit erkennbar wird.

Insgesamt kann man im Blick auf den Charakter der Maßnahmen aber bereits feststellen, dass sie punktuell und vereinzelt ansetzen und vor allem auf Qualitätsverbesserung innerhalb des bestehenden Systems setzen. Ob diese Herangehensweise zu mehr Bildungsgerechtigkeit führt, ist fraglich. Einige Maßnahmen scheinen die Probleme sogar „unbeabsichtigt“ zu verschärfen (z.B. die frühere Einschulung oder der gestiegene Leistungsdruck, der höhere Schulen veranlassen könnte, problematische Schüler noch schneller an untere Schulformen abzugeben). Zentrale Themen, wie die frühe Aufteilung der Schüler oder eine mögliche strukturelle Umgestaltung des Systems insgesamt, sind in weiten gesellschaftlichen Kreisen immer noch Tabufragen. Es fehlt ein Ansatz, der insbesondere die heutigen „Profiteure der Selektion“ zum Mitmachen bewegen würde.

Der Wandel wird erschwert durch blockierende „Sachzwänge“: So ist die Einführung verbindlicher Ganztagschulen, die zu einer längeren gemeinsamen Lernzeit führen würde, mittlerweile kaum noch kontrovers. Aber es fehlen angesichts der angespannten Haushaltslage des Bundes und der Länder der Mut und der politische Wille zur Umsetzung.

Deutschland hat also bisher keine umfassende Reformstrategie, die von allen gesellschaftlichen Kräften im Konsens getragen würde. Eine solche Strategie dürfte sich nicht in Einzelmaßnahmen auf der operativen Ebene erschöpfen, sondern müsste auch Strukturfragen und vor allem zugrundeliegende Traditionen und Normen adressieren.

4. Engpass:

Führung des Wandels

Die Herausforderung, vor der das Bildungssystem in Deutschland steht, ist keine rein „technische“ Frage, die durch vereinzelte Maßnahmen zu lösen wäre. Es handelt sich um eine „adaptive“ Herausforderung: Deutschland muss sich grundlegend verändern und umorientieren, um der tatsächlichen Einwanderungssituation, dem demografischen Wandel und der zunehmenden Globalisierung gerecht zu werden. Diese Anpassung muss auf allen Ebenen erfolgen: auf der kulturell-normativen Ebene, bei den Strukturen und bei den Haltungen und Handlungen der Eltern, Lehrkräfte und Erzieher vor Ort in den Bildungsinstitutionen.

Wenn Deutschland wirklich mehr Bildungsgerechtigkeit und Integration in seinen Schulen und Kindergärten verwirklichen möchte, muss es sich systematisch in Richtung auf ein integratives Bildungssystem verändern. Das setzt voraus, dass Abschied von der kulturell-normativen Tradition der „begabungsgerechten Aufteilung“

genommen wird. Das Land muss Abschied nehmen vom zugrundeliegenden „Mythos der Homogenität“, der tendenziell zur Ungleichbehandlung von „Einheimischen“ und „Fremden“ führt. Es braucht einen neuen Konsens im Land, dass Vielfalt kein Problem ist und dass alle Kinder und Jugendliche, die im Land leben unabhängig von ihrer Herkunft, wirkliche Chancen bekommen. Nur auf diesem Hintergrund greifen dann strukturelle Änderungen und lösen keinen neuen „Kulturkampf“ um die Schulen aus. Auch ein zunehmendes „Opting-out“ der Eliten in der globalisierten Welt kann nur durch einen neuen Konsens verhindert werden. Erst durch Einbettung in ein konsensfähiges strategisches Gesamtkonzept werden Maßnahmen auf der Ebene der einzelnen Bildungsinstitution erfolgversprechend.

Damit ein solcher Wandel möglich wird, braucht es Menschen, die Führung übernehmen. Das werden vor allem diejenigen sein, die von den Problemen vor Ort besonders betroffen sind. Hier formen sich bereits in manchen Städten und Regionen „große Koalitionen“ für ein integrativeres lokales Bildungssystem. Aber perspektivisch muss allen im Land klar werden, dass niemand von der herrschenden Bildungsungerechtigkeit profitieren kann und diese für alle, auch für die Profiteure des bisherigen Systems, problematisch ist, da der soziale Zusammenhalt und die wirtschaftliche Prosperität Deutschlands gefährdet sind. Der Hinweis auf die Gefahren ist notwendig, aber nicht hinreichend. Es braucht positive Beispiele integrativer Bildungsorte. Es braucht Modelle, die überzeugend illustrieren, wie ein integratives Bildungssystem funktionieren kann. Vor allem braucht es überzeugende Führungspersönlichkeiten, die den Wandel treiben und in der Lage sind, diese Herausforderungen adaptiv zu lösen.

5. Ziel und Fokus des Carl Bertelsmann-Preises 2008

Der Carl Bertelsmann-Preis 2008 greift das drängende Problem der unzureichenden Teilhabe von Zuwanderern und der Bildungsungerechtigkeit in Deutschland auf, das ganz oben auf der bildungs- und gesellschaftspolitischen Agenda steht.

Mit dieser Wahl will die Bertelsmann Stiftung auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, die Integrationsleistung in Deutschland nachhaltig zu steigern. Der Carl Bertelsmann-Preis 2008 will einen Beitrag leisten zu dem nötigen Paradigmenwechsel hin zu einem integrativeren Bildungssystem in Deutschland. Jedes Kind ist wichtig und verdient individuelle Förderung. Dabei muss ein ganzheitliches Bildungsverständnis uns leiten, das zugleich die Basis für die Wertschätzung der Vielfalt darstellt.

Um der Herausforderung eines grundlegenden Wandels gerecht zu werden, müssen Lösungen gesucht werden, die nicht nur auf der operativen Ebene ansetzen, sondern auch systemische und strategische Fragen und die damit einhergehenden

Führungsfragen berücksichtigen. Gesucht werden deshalb Ansätze, die neben innovativen Impulsen für die Handlungsebene vor Ort auch strukturelle und normativ-kulturelle Aspekte in den Blick nehmen.

Das zentrale inhaltliche Qualitätskriterium der gesuchten Modelle ist die Integrationseffektivität. Gelingt es der Initiative, benachteiligte Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Herkunft wirksam zu integrieren (sozio-strukturelle Integrationseffektivität)? Befördert sie eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt sowie eine Identifikation mit demokratischen Grundwerten und ermöglicht sie es, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit solchen ohne in Kontakt treten und ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln können (kulturell-identifikative Integrationseffektivität)? Wichtig für den Modellcharakter der Initiative sind auch die Kriterien Systemwirkung und Nachhaltigkeit: entfaltet die Initiative nachhaltige Wirkungen auf das Bildungssystem? Ist sie Ausdruck einer umfassenden Strategie? Befördert sie die Kooperation unterschiedlicher Akteure auf schulischer, regionaler und nationaler Ebene? Ein besonderer Augenmerk muss darauf gelegt werden, dass die Initiative in der Lage ist, „ungewollte Nebenfolgen“ zu vermeiden: die Stärkung der Integration darf nicht zum Rückzug der Profiteure der ungleichen Chancenverteilung führen.

Daneben sind Kriterien wie die Innovationskraft und die Übertragbarkeit der Initiative auf die Situation in Deutschland relevant. Und nicht zuletzt sind die politische Signalwirkung und die Öffentlichkeitswirksamkeit von Bedeutung: gibt die Initiative einen Impuls für einen Paradigmenwechsel hin zu einem integrativen Bildungssystem in Deutschland, der in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden wird?

Erfolgversprechend ist die Suche nach Modellen in Ländern (mit vergleichbaren Anteilen von Menschen mit Migrationshintergrund), in denen die Integration – insbesondere der Kinder und Jugendlichen der zweiten Generation - im Bildungssystem besser als in Deutschland gelingt. Die PISA-Studien zeigen, dass es „klassischen“ Einwanderungsländern wie Kanada, Australien, Neuseeland und den Vereinigten Staaten besonders gut gelingt, Kinder und Jugendliche von Zuwanderern zu integrieren. Signifikant besser als Deutschland schneiden in Europa in dieser Rücksicht Länder wie das Vereinigte Königreich, Schweden, Norwegen, die Niederlande, Frankreich und die Schweiz ab.¹

¹ Nach PISA 2006 schneiden in Deutschland Jugendliche mit Migrationshintergrund in Naturwissenschaften 95 Punkte schlechter ab als Jugendliche ohne. Wesentlich besser sind sie in Australien (+ 1 Punkt!), Kanada (-11 Punkte), Neuseeland (-25), im Vereinigten Königreich (-26), in den USA (-40), Frankreich (-47), Schweden (-50), Norwegen (-56), in der Schweiz (-72) und in den Niederlanden (-81) [vgl. M. Prenzel u.a.: PISA 2006, Zusammenfassung, S.20].